



# Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 4/2011–2012

	Inhalt	Seite
5.	Erlass eines Gesetzes über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt (Publikationsgesetz; PuG) und Aufhebung der Verordnung über die Herausgabe und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung.....	575



## Inhaltsverzeichnis

<b>5.</b>	<b>Erlass eines Gesetzes über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt (Publikationsgesetz; PuG) und Aufhebung der Verordnung über die Herausgabe und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung</b>	
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	575
	1. Rechtliche Grundlagen .....	575
	2. Publikationsorgane .....	576
	a) Bündner Rechtsbuch .....	576
	b) Amtliche Gesetzessammlung .....	577
	c) Amtsblatt .....	577
	3. Entwicklungen .....	577
	4. Handlungsbedarf .....	577
<b>II.</b>	<b>Vernehmlassungsverfahren</b> .....	578
	1. Vorgehen und Rücklauf .....	578
	2. Ergebnis .....	579
<b>III.</b>	<b>Revisionsvorlage</b> .....	579
	1. Grundzüge der neuen Regelung .....	579
	2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen .....	580
	3. Aufhebung Publikationsverordnung .....	586
<b>IV.</b>	<b>Finanzielle und personelle Auswirkungen</b> .....	586
<b>V.</b>	<b>Gute Gesetzgebung</b> .....	587
<b>VI.</b>	<b>Inkrafttreten</b> .....	587
<b>VII.</b>	<b>Anträge</b> .....	587



## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

5.

### **Erlass eines Gesetzes über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt (Publikationsgesetz; PuG) und Aufhebung der Verordnung über die Herausgabe und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung**

Chur, den 28. Juni 2011

Sehr geehrte Frau Landespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft und den Entwurf für den Erlass eines Gesetzes über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt (Publikationsgesetz, PuG) und für die Aufhebung der Verordnung über die Herausgabe und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung (BR 180.100).

#### **I. Ausgangslage**

##### **1. Rechtliche Grundlagen**

Die Publikation von kantonalen Rechtsvorschriften ist im Kanton Graubünden in folgenden Erlassen geregelt:

- *Verordnung über die Herausgabe eines neuen Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung der amtlichen Gesetzessammlung (PublV, BR 180.100) vom Grossen Rat erlassen am 28. Mai 1975*
- *Art. 3 und 4 der Ausführungsbestimmungen vom 10. April 1959 (AGS 1959, 44) zur Verordnung über die Herausgabe des Bündner Rechtsbuches und der Gesetzessammlung vom 23. November 1957 (s. Fussnote zu Art. 4 Abs. 1, BR 180.100)*

- *Weisungen betreffend Publikation von Erlassen und Beschlüssen in der Amtlichen Gesetzessammlung und im Kantonsamtsblatt von der Regierung erlassen am 17. April 1989*
- *Verordnung betreffend Verwendung von Rumantsch Grischun für die romanischen Abstimmungsunterlagen und das romanische Bündner Rechtsbuch (BR 180.200) vom 26. Juni 2001*
- *Verordnung über das Amtsblatt des Kantons Graubünden (BR 180.500) vom 23. März 1998*

Im Vergleich zum Bund (vgl. Publikationsgesetz, SR 170.512 und Publikationsverordnung, SR 170.512.1) und den meisten andern Kantonen (vgl. Marius Roth, Die Veröffentlichung von Rechtsnormen in der Schweiz, Diss. Zürich/St. Gallen 2011, S. 26 ff.) sind die Publikationsvorschriften im Kanton Graubünden eher rudimentär. Sie beschränken sich im Wesentlichen darauf, die Publikationsorgane zu bezeichnen und deren Inhalt festzulegen.

## **2. Publikationsorgane**

Der Kanton Graubünden kennt wie viele andere Kantone verschiedene offizielle bzw. ordentliche Publikationsorgane, namentlich das Bündner Rechtsbuch (Systematische Gesetzessammlung, BR), die Amtliche Gesetzessammlung (Chronologische Gesetzessammlung, AGS) und das Kantonsamtsblatt.

### **a) Bündner Rechtsbuch**

Gemäss Art. 1 Abs. 1 PublV gibt die Regierung als Bündner Rechtsbuch eine neue bereinigte Sammlung der geltenden Erlasse des Kantons in der Loseblatt-Form heraus. Sie ersetzt das Rechtsbuch aus dem Jahre 1957. Das Bündner Rechtsbuch wird in deutscher, romanischer und italienischer Sprache geführt (Art. 1 Abs. 2 PublV). Das Bündner Rechtsbuch wird in einer *gedruckten* und in einer *elektronischen* Fassung (s. <http://www.gr-lex.gr.ch/>) herausgegeben. Die Nachführung der gedruckten Fassung erfolgt mit halbjährlichen Nachträgen in allen drei Amtssprachen (Stichtag 1.1. und 1.7.). Die elektronische Fassung wird auf Deutsch «tagesaktuell» nachgeführt. Die daran anschliessende Nachführung der romanischen und italienischen Fassung erfolgt so rasch als möglich, in der Regel spätestens innert Monatsfrist.

### ***b) Amtliche Gesetzessammlung***

Gemäss Art. 3 PublV werden die nach dem Stichtag des Rechtsbuches beschlossenen rechtsetzenden Erlasse in einer neuen Reihe der Amtlichen Gesetzessammlung in deutscher Sprache veröffentlicht. Seit 2001 wird diese «Amtliche Gesetzessammlung» nicht mehr in einem Separatdruck, sondern nur noch im Rahmen des Amtsblattes publiziert, sodass letzteres diese Funktion übernommen hat, wie das auch in vielen anderen Kantonen der Fall ist. Die im Amtsblatt veröffentlichten Texte der Amtlichen Gesetzessammlung sind ebenfalls elektronisch verfügbar ([http://www.gr-lex.gr.ch/frontend/change\\_documents](http://www.gr-lex.gr.ch/frontend/change_documents)).

### ***c) Amtsblatt***

Gemäss Art. 1 Abs. 2 der Verordnung über das Amtsblatt des Kantons Graubünden (BR 180.500), von der Regierung erlassen am 23. März 1998, enthält dieses amtliche Veröffentlichungen insbesondere auch des Kantons. Im Kantonsamtsblatt werden u.a. auch die dem Referendum unterstehenden Gesetzesvorlagen publiziert. Das Kantonsamtsblatt liegt in *gedruckter* und *elektronischer* Form (<http://www.gr.ch/DE/publikationen/kantonsamtsblatt/Seiten/start.aspx>) vor.

## **3. Entwicklungen**

Die Entwicklung der Abonnentenzahlen des Bündner Rechtsbuchs in allen drei Sprachen ist seit längerer Zeit rückläufig. Von 2006 bis Juni 2011 haben sich die Abonnenten bei der deutschen Fassung von 641 auf 425 (minus 33,7 %), bei der italienischen Fassung von 77 auf 46 (minus 40,3 %) und bei der romanischen Fassung von 78 auf 10 (minus 87,2 %) reduziert. Die Nachträge des gedruckten Bündner Rechtsbuchs in allen drei Amtssprachen verursachen durchschnittlich jährliche Druckkosten von ca. Fr. 80000.–. Der integrale Neudruck des Bündner Rechtsbuches in allen drei Sprachen, der in nächster Zeit notwendig wird, würde Druckkosten von rund Fr. 100000.– verursachen.

## **4. Handlungsbedarf**

Das Bündner Rechtsbuch ist heute «tagesaktuell» im Internet elektronisch abruf- und im PDF-Format ausdrückbar. Aufgrund der heute bestehenden hohen Computerdichte mit Internetzugang verzichten immer

mehr Personen auf einen Bezug der gedruckten Loseblatt-Sammlung. Die Abonnementszahlen sind, wie oben aufgezeigt, seit Jahren deutlich rückläufig. Da die gedruckte Fassung lediglich halbjährlich aktualisiert wird, greifen heute interessierte Personen mehrheitlich auf das Bündner Rechtsbuch im Internet zurück. Die Statistik gibt rund 3000 verschiedene Besucher pro Monat an, welche ca. zweimal pro Tag das Online-Rechtsbuch besuchen und dabei pro Besuch ca. 10–15 Seiten aufrufen. Neben der Aktualität ist die viel schnellere und leichtere Suche ein weiterer Grund, um die Online-Version der gedruckten Fassung vorzuziehen. Diese allgemeine Tendenz führt auch in den übrigen Kantonen dazu, dass die Frage nach einer ausschliesslich elektronischen Publikation vermehrt diskutiert wird. Der Kanton Aargau etwa möchte als erster Kanton der Schweiz die Amtliche Gesetzessammlung, die Systematische Gesetzessammlung und das Amtsblatt ausschliesslich in elektronischer Form publizieren. Die entsprechende Vorlage wurde vom Grossen Rat verabschiedet. Die Umsetzung erfolgt, vorbehaltlich eines Referendums, auf 1. Januar 2012. Aufgrund dieser Tendenzen ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren die explizite elektronische authentische Publikation in vielen Kantonen und Gemeinden Einzug halten wird. Für den Kanton Graubünden ist angesichts der aufgezeigten Entwicklungen der Zeitpunkt ebenfalls gekommen, um den Verzicht auf die gedruckte Fassung des Bündner Rechtsbuches ins Auge zu fassen. Bereits im Jahre 2008 sprachen sich im Rahmen einer Umfrage der Standeskanzlei die Mehrheit der Abonnenten und Gratisbezüger (60%) für die Abschaffung der gedruckten Fassung aus. Nicht im Vordergrund stehen, aber auch zu berücksichtigen sind die Kosteneinsparungen, welche bei einem Verzicht auf die Produktion der gedruckten Fassung des Bündner Rechtsbuches erzielt werden können.

## **II. Vernehmlassungsverfahren**

### **1. Vorgehen und Rücklauf**

Am 9. März 2011 gab die Standeskanzlei nach vorangegangener Freigabe durch die Regierung den Entwurf für den Erlass eines Gesetzes über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt (Publikationsgesetz, PuG) und Aufhebung der Verordnung über die Herausgabe und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung in die Vernehmlassung. Eingeladen wurden die politischen Parteien, die Gemeinden, die kantonalen Gerichte, die Bezirksgerichte, der Bündnerische Anwaltsverband, der Bündner Notarenverband, der kantonale Datenschutzbeauftragte und die kantonalen Departemente. In der Folge sind insgesamt 20 Vernehmlassungen eingegangen.



## 2. Ergebnis

Das Vorhaben fand in der Vernehmlassung insgesamt eine gute Aufnahme. Der Erlass eines Publikationsgesetzes als solches wurde überhaupt nicht in Frage gestellt. Auch der vorgesehene Verzicht auf die gedruckte Fassung des Bündner Rechtsbuchs stiess bei den Vernehmlassenden mehrheitlich auf Zustimmung. Auf berücksichtigte und nicht berücksichtigte Anliegen wird nötigenfalls in den Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen noch näher eingegangen.

### III. Revisionsvorlage

#### 1. Grundzüge der neuen Regelung

Da Art. 1 Abs. 1 PublV die Herausgabe einer gedruckten Fassung des Bündner Rechtsbuches ausdrücklich vorsieht, ist eine Revision dieser Bestimmung erforderlich. Dabei ist zu beachten, dass die neue Kantonsverfassung keine selbstständigen grossrätlichen Verordnungen mehr kennt (vgl. Art. 32 Abs. 1 KV). Die Publikationsvorschriften müssen deshalb, je nach Wichtigkeit, in der Form eines Gesetzes oder einer Regierungsverordnung erlassen werden (vgl. Art. 31 Abs. 1 KV). Wie eingangs dargelegt, kennt der Kanton Graubünden heute nur sehr rudimentäre Publikationsvorschriften. Dies hat in der Vergangenheit auch schon zu Problemen geführt (vgl. BGE 104 I a 167 ff.). Es drängt sich deshalb auf, die bestehende grossrätliche Verordnung (PublV, BR 180.100) sowie die verbliebenen regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen vom 10. April 1959 und die regierungsrätlichen Weisungen betreffend Publikation von Erlassen und Beschlüssen in der Amtlichen Gesetzessammlung und im Kantonsamtsblatt vom 17. April 1989 aufzuheben und einige wenige wichtige Publikationsvorschriften stufengerecht in einem neuen Publikationsgesetz festzuschreiben. Dort soll auch in einer Bestimmung Grundsätzliches zum Kantonsamtsblatt geregelt werden.

Der Entwurf für ein neues Publikationsgesetz enthält knappe, sich auf das Notwendige beschränkende Regelungen zu folgenden Bereichen:

- Publikationsorgane (Art. 1 E-PuG)
- Inhalte der Publikationsorgane (Art. 2–4 und 13 Abs. 2 E-PuG)
- Publikationsarten
  - ordentliche Publikation (Art. 5 E-PuG)
  - ausserordentliche Publikation (Art. 6 E-PuG)
- Publikationssprache (Art. 7 E-PuG)
- Rechtswirkungen der Publikation (Art. 8 E-PuG)
- Konflikte bei Widersprüchen (massgebliche Fassung) (Art. 9 E-PuG)

- Erscheinungsformen der Publikationen (Art. 10 und 13 Abs. 3 E-PuG)
- Berichtigungen (Art. 11 und 12 E-PuG)
- Amtsblatt (Art. 13 E-PuG)

## **2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen**

### **I. Amtliche Publikationsorgane**

#### **Art. 1 Amtliche Publikationsorgane**

Die Amtliche Gesetzessammlung (AGS), die Systematische Gesetzessammlung (Bündner Rechtsbuch, BR) und das Amtsblatt bestanden bereits bislang als amtliche Publikationsorgane des Kantons Graubünden.

### **II. Gesetzessammlungen**

#### **1. AMTLICHE GESETZESSAMMLUNG**

##### **Art. 2 Inhalt**

*Abs. 1:* Die AGS bleibt wie bis anhin das ordentliche Publikationsorgan des Kantons. Darin werden neue Erlasse, Erlassänderungen sowie aufgehobene Erlasse chronologisch aufgeführt. Eine Konsolidierung findet nicht statt. Durch die Aufnahme in die AGS wird ein Gesetz auf dem ordentlichen Weg veröffentlicht (vgl. dazu Art. 5 hinten). Seit 2001 wird die Amtliche Gesetzessammlung nicht mehr als Separatdruck herausgegeben, sondern, wie in den meisten Kantonen, im Rahmen des Amtsblattes, unter der Rubrik «Amtliche Gesetzessammlung», publiziert. Daran soll sich nichts ändern.

*Abs. 2:* Der Inhalt der AGS erfährt gegenüber heute keine Änderung (vgl. Art. 3 der Ausführungsbestimmungen vom 10. April 1959 zur Verordnung über die Herausgabe des Bündner Rechtsbuches und der Gesetzessammlung vom 23. November 1957 [Fussnote 1 zu Art. 4 Abs. 1, BR 180.100]). In der Praxis erschienen Kantonsverfassungsrevisionen seit 2001 nicht mehr in der AGS, sondern nur noch im Abstimmungsbüchlein. Neu sollen sie nun wieder in die AGS aufgenommen werden. Zu den in Lit. d aufgeführten «übrigen rechtsetzenden Erlasse kantonaler Behörden» gehören aktuell (nur) die Verordnungen der Kantonalen Gerichte.

##### **Art. 3 Publikation durch Verweis**

Erlasse und Verträge sowie Teile davon, die sich wegen ihres besonderen Charakters (z.B. sehr kleiner Adressatenkreis, technischer Natur, ungeeig-

netes Format) nicht für die Veröffentlichung in der AGS eignen, können nur mit Titel sowie Fundstelle oder Bezugsquelle publiziert werden.

## 2. SYSTEMATISCHE GESETZESSAMMLUNG

### **Art. 4 Inhalt**

*Abs. 1:* Das Bündner Rechtsbuch (BR) beinhaltet die zu einem Stichtag bereinigte und nach Sachgebieten geordnete Sammlung des in der AGS veröffentlichten Rechts. Die sogenannte Systematische Sammlung wird im Interesse der Rechtsanwendung erstellt und erleichtert den Zugang zum geltenden Recht. In der Praxis stellt sie gegenüber der AGS das viel häufiger konsultierte und deshalb faktisch «massgebende» Werkzeug bei der Rechtsanwendung dar.

*Abs. 2:* Die Nachführung der gedruckten Fassung des BR erfolgt heute mit halbjährlichen Nachträgen (Stichtag 1.1. und 1.7.). Die elektronische Fassung des BR wird laufend nachgeführt. In der deutschen Fassung erfolgt diese Nachführung «tagesaktuell». Die romanische und italienische Fassung folgen jeweils daran anschliessend, so rasch wie möglich. In Festschreibung der bisherigen Praxis soll im Gesetz ausdrücklich festgehalten werden, dass die Nachführung laufend zu erfolgen hat. An dieser Stelle nicht – wie vereinzelt in der Vernehmlassung gefordert – erwähnt zu werden, braucht die Publikationssprache. Diese ist nämlich bereits in Art. 7 (Marginalie: Publikation in den Amtssprachen) geregelt. Danach erfolgt die Publikation in den Amtssprachen Deutsch, Romanisch und Italienisch.

## 3. GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

### **Art. 5 Ordentliche Publikation**

Die ordentliche Publikation der Erlasse und interkantonalen Vereinbarungen erfolgt wie schon heute in der AGS im Amtsblatt. Die Rechtsvorschriften sind rechtzeitig, in der Regel einige Tage vor dem Inkrafttreten, zu publizieren. Auf die Festsetzung einer bestimmten Publikationsfrist, wie sie der Bund und einige Kantone kennen, soll aber aus Flexibilitätsüberlegungen verzichtet werden.

### **Art. 6 Ausserordentliche Publikation**

*Abs. 1:* Liegen besondere Umstände vor, die eine ordentliche Publikation von Erlassen und interkantonalen Vereinbarungen in der AGS verhindern bzw. ausschliessen, kann die jeweilige Norm in einem ausserordentlichen

Verfahren bekannt gegeben werden. Auf diese Weise werden Erlasse als rechtsverbindlich anerkannt, bevor sie offiziell publiziert werden. Diese Verfahren kennen sowohl der Bund als auch verschiedene Kantone. Die möglichen ausserordentlichen Publikationsformen werden in Absatz 1 Lit. a bis c nicht abschliessend aufgeführt. Grundsätzlich sollte jedes Mittel eingesetzt werden können, das als geeignet erscheint, den Betroffenen den Erlass bekannt zu machen und ihnen erlaubt, ihr Verhalten entsprechend anzupassen.

*Abs. 2:* Die ordentliche Publikation in der AGS ist sobald als möglich nachzuholen.

### **Art. 7 Publikation in den Amtssprachen**

Gemäss dieser Regelung erfolgt die Publikation in allen drei Amtssprachen, d.h. Deutsch, Romanisch und Italienisch. Für das BR ändert sich mit dieser Bestimmung nichts, wohl aber für die AGS. Artikel 3 der Verordnung über die Herausgabe eines neuen Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung (BR 180.100) sieht vor, dass die Veröffentlichungen in der AGS in deutscher Sprache erfolgen. In der Praxis fand diese Bestimmung nur noch bei Verordnungen der Regierung, der Gerichte oder der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten Anwendung. Namentlich die Gesetze (im Sinne von Referendumsvorlagen) werden bereits heute dreisprachig veröffentlicht. Neu sollen auch die besagten Verordnungen bereits in der AGS auch auf Romanisch und Italienisch publiziert werden. Eine Gleichbehandlung in diesem Punkt drängt sich aus rechtlichen und sprachpolitischen Gründen auf.

Vereinzelte Vernehmlassende fordern, dass die *Gleichzeitigkeit* der Veröffentlichung und die *gleiche Verbindlichkeit* der drei Sprachfassungen in Artikel 7 festgeschrieben werden. Die gleichzeitige Publikation wäre aber aufgrund der Abläufe des Rechtsetzungs- und Publikationsverfahrens insbesondere beim Bündner Rechtsbuch schwierig und nur mit einem grossen personellen Aufwand zu realisieren. Angestrebt, und in der Praxis auch erreicht, wird aber eine möglichst zeitnahe Publikation in allen drei Sprachversionen. Bei Gesetzen oder anderen dem fakultativen Referendum unterstehenden Rechtsetzungsakten erfolgt im Übrigen in der AGS die Publikation bereits heute gleichzeitig in allen drei Amtssprachen. Das soll künftig auch für die weiteren Erlasse, namentlich die Regierungsverordnungen, angestrebt werden. Von einer ausdrücklichen Verpflichtung zur gleichzeitigen Publikation ist aber aus den dargelegten Gründen abzusehen.

Die weiter angesprochene Rechtsfolge der gleichen Verbindlichkeit der drei Sprachfassungen eines Erlasses ergibt sich bereits aus der Kantonsverfassung. Gemäss Art. 3 Abs. 1 KV sind Deutsch, Romanisch und Italienisch die gleichwertigen Landes- und Amtssprachen des Kantons. Daraus leitet sich u. a. für den Bereich der Rechtsetzung der Grundsatz der gleichen Gel-

tungskraft der drei Amtssprachen ab. Alle drei Sprachfassungen eines Erlasses sind grundsätzlich gleich verbindlich. Bestehen aufgrund des Wortlautes Unsicherheiten oder Differenzen, ist mit Hilfe der anerkannten Auslegungsmethoden zu eruieren, welche Fassung dem wahren Sinn der Norm entspricht (vgl. Rathgeb, Kommentar KV/GR, Art. 3 Rz 19 ff.). Eine Festschreibung der gleichen Verbindlichkeit im Publikationsgesetz wäre somit nach dem Gesagten eine blosser Wiederholung. Von einer solchen ist abzusehen. Einen vergleichbaren Antrag hatte im Übrigen der Grosse Rat bereits bei der Beratung des Sprachengesetzes deutlich verworfen (vgl. GRP 2006/07, S. 502 ff.).

### **Art. 8 Rechtswirkungen der Publikation**

Die wesentliche Wirkung bzw. die Folge der Veröffentlichung ist die Rechtsverbindlichkeit. Für den Bürger entstehen aus einem Erlass Rechte und Pflichten, sobald dieser korrekt veröffentlicht wurde und in Kraft getreten ist. Die Veröffentlichung soll dem Bürger ermöglichen, von Rechtsnormen Kenntnis zu nehmen und sich entsprechend dem Norminhalt zu verhalten. Wird ein rechtskräftiger Erlass nicht gehörig publiziert, kann er dem Bürger nicht entgegengehalten werden. Hingegen bindet er, sofern er in Kraft getreten ist, die Behörden (vgl. BGE 100 I b 343).

### **Art. 9 Massgebliche Fassung**

*Abs. 1:* Mit dem Begriff «Massgeblichkeit» wird der Vorrang einer Gesetzessammlung bei Unterschieden zwischen verschiedenen Fassungen eines bestimmten Erlasstextes ausgedrückt. Wie auf Bundesebene und in vielen Kantonen wird mit dem ersten Satz von Absatz 1 der Vorrang der chronologischen Sammlung (AGS) festgeschrieben. Aus Sicht des Rechtsunterworfenen bedeutet die Massgeblichkeit, dass er sich auf den Wortlaut des als massgebend bezeichneten Erlasses berufen und vollständig darauf vertrauen kann. Der Klarheit halber wird im zweiten Satz von Absatz 1 zusätzlich geregelt, welche Fassung bei einer Publikation durch Verweisung massgebend ist.

*Abs. 2:* Die Massgeblichkeit bei Texten des interkantonalen Rechts bestimmt sich nach den in diesen Texten selbst festgelegten Bestimmungen.

### **Art. 10 Erscheinungsformen**

*Abs. 1:* Die AGS soll vorerst weiterhin in gedruckter und elektronischer Form erscheinen. Mittelfristig stellt sich jedoch die Frage des Verzichts auf die gedruckte Form. Vor diesem Hintergrund soll im zweiten Satz von Absatz 1 der Regierung die Kompetenz eingeräumt werden, den Verzicht auf die gedruckte Form der AGS beschliessen zu können.

*Abs. 2:* Es soll ausdrücklich festgehalten werden, dass das BR nur noch in elektronischer Form erscheint. Auf die näheren Gründe für den Verzicht auf die gedruckte Fassung und auf die damit verbundenen Kosteneinsparun-

gen wurde bereits vorne hingewiesen (vgl. I. 3. und 4.). Einzelne Vernehmlassende möchten an der Papierversion festhalten. Überzeugende Gründe dafür werden aber nicht vorgebracht. Die stark rückläufigen Abonnen- zahlen bei der gedruckten Fassung und die nachgewiesene rege Nutzung der elektronischen Fassung im Internet machen vielmehr deutlich, in welche Richtung sich das Bedürfnis der Nutzenden entwickelt hat. Dieser Trend wird weiter zunehmen.

### **Art. 11 Formelle Berichtigungen**

In der Praxis werden schon heute offensichtlich falsch oder versehentlich unvollständig in der AGS publizierte Erlasse mit einer formellen Mitteilung in der AGS berichtigt. Diese Regelung, welche sich in der Praxis bewährt hat, soll neu auf Gesetzesstufe verankert werden. Als Sinn verändernde Fehler und Formulierungen gelten insbesondere Grammatik-, Rechtschreib- und Darstellungsfehler, die von inhaltlicher Bedeutung sind, sowie formale Fehler wie falsche Verweise, gesetzestechnische Fehler oder terminologische Unstimmigkeiten. Eine formelle Berichtigung gestützt auf diese Bestimmung darf nur dann vorgenommen werden, wenn feststeht, dass die erlassende Behörde vom richtigen Wortlaut ausging bzw. ihrem Entscheid der richtige Wortlaut zugrunde lag. Andernfalls ist nochmals das ordentliche Rechtsetzungsverfahren zu durchlaufen. Mit der formellen Berichtigung gemäss Art. 11 E-PuG durch Publikation in der AGS wird (erneut) eine Rechtsmittelfrist nach Art. 57 ff. VRG eröffnet.

### **Art. 12 Formlose Berichtigungen**

*Abs. 1:* Die Bezeichnung «formlose Berichtigung» dient der Abgrenzung zur formellen Berichtigung gemäss Art. 11. Bei der «formlosen Berichtigung» ist keine Publikation der Berichtigung in der AGS erforderlich. Zu den nicht Sinn verändernden Fehlern gehören inhaltlich bedeutungslose Grammatik-, Rechtschreib- und Darstellungsfehler, die den Sinn der Bestimmung weder ändern noch verfälschen. Diese Regelung gilt selbstverständlich auch für Fehler, die erst im Rahmen der Einarbeitung der Texte aus der AGS in das BR entstanden sind. Nachdem die AGS auch weiterhin als massgebender Text gelten soll, ist es selbstverständlich, dass bei Differenzen zwischen der AGS und dem BR der fehlerhafte Text im BR korrigiert und dem massgebenden Text der AGS angepasst werden kann und muss.

*Abs. 2:* Absatz 2 regelt Fälle nicht mehr aktueller Angaben in Texten, die im BR veröffentlicht sind. Praxismässig wird heute im BR auf solche Änderungen mittels einer Fussnote (FN) hingewiesen, der Text selber aber unverändert belassen. Neu sollen die entsprechenden Texte direkt, d.h. ohne vorgängige formelle Änderung, an die korrekte Fassung angepasst werden dürfen, vorausgesetzt natürlich, dass es sich um Anpassungen rein forma-

ler Natur handelt. In einer Fussnote soll jeweils auf die Korrektur sowie auf die diesbezügliche rechtliche Grundlage (Art. 12 Abs. 2 PuG) hingewiesen werden.

### **III. Amtsblatt**

#### **Art. 13 Herausgabe und Inhalt**

*Abs. 1:* Die Herausgabe des Amtsblattes des Kantons Graubünden und verschiedene damit im Zusammenhang stehende Einzelheiten sind heute in der regierungsrätlichen Verordnung über das Amtsblatt des Kantons Graubünden (BR 180.500) geregelt. Stellung und Bedeutung des Kantonsamtsblattes als Publikationsorgan auch für verschiedenste nicht rechtsetzende behördliche Akte rechtfertigen es, gewisse Grundsätze im Publikationsgesetz zu verankern. In Absatz 1 wird festgehalten, dass der Kanton der Herausgeber des Amtsblattes des Kantons Graubünden ist.

*Abs. 2:* Die Aufzählung der Inhalte des Kantonsamtsblattes ist nicht abschliessend.

*Abs. 3:* Der Regierung wird die Kompetenz eingeräumt, die Erscheinungsform des Amtsblattes zu bestimmen. Mittelfristig wird sich vermutlich auch hier die Frage stellen, ob auf die gedruckte Fassung des Amtsblattes zu verzichten ist. Mit der Kompetenzdelegation an die Regierung kann in dieser Frage situativ und flexibel gehandelt werden. Die von einzelnen Vernehmlassenden verlangte zeitliche Befristung der Kompetenzdelegation oder gar der geforderte Verzicht auf eine solche Bestimmung hingegen sind nicht zielführend. Mit dieser Bestimmung kann auf eintretende Entwicklungen rechtzeitig und stufengerecht reagiert werden.

Nach einzelnen Vernehmlassenden sollte der kostenlose Zugang zu den elektronischen Fassungen der Gesetzessammlungen und des Amtsblattes im Internet und auch die Einsichtsmöglichkeit in die Gesetzessammlungen bei Gerichten und Gemeinden ausdrücklich im Gesetz vorgesehen werden. Die Publikation der Gesetzessammlungen gehört zur Grundversorgung (service public). Die Kostenlosigkeit des Zuganges zu diesen Gesetzessammlungen ist selbstverständlich und bedarf keiner ausdrücklichen Regelung. Für das Amtsblatt ist zurzeit noch offen, wie bei einer allfällig ausschliesslichen Internetlösung das Zugangskonzept aussähe. Es ist deshalb verfrüht für eine diesbezügliche Regelung. Die Kompetenzdelegation an die Regierung, die Erscheinungsform zu bestimmen, beinhaltet im Übrigen auch die Kompetenz, später die Frage der Entgeltlichkeit des Zuganges zu einer Internetlösung zu regeln.

*Abs. 4:* Redaktion, Herstellung und Vertrieb des Amtsblattes werden schon heute gestützt auf Artikel 2 der Verordnung über das Amtsblatt des

Kantons Graubünden (BR 180.500) ausgelagert. Die Auslagerung wird jeweils von der Regierung für eine bestimmte Vertragsperiode beschlossen. Letztmals erfolgte dies im Jahre 2010 für die Periode 2011–2016. Die Vertragspartnerin erfüllt die übertragenen Aufgaben auf eigenes Risiko. Der Kanton lässt sich einen Gewinnanteil garantieren. Dieses Modell hat sich in der Vergangenheit bewährt. Die Auslagerungsmöglichkeit und die Kompetenz der Regierung, darüber zu befinden, soll im Gesetz ausdrücklich festgeschrieben werden. In der regierungsrätlichen Amtsblattverordnung werden, soweit notwendig, wie bisher noch Einzelheiten geregelt.

### **3. Aufhebung Publikationsverordnung**

Mit Erlass des neuen Publikationsgesetzes wird die bisherige grossrätliche Publikationsverordnung (BR 180.100) obsolet und ist entsprechend aufzuheben. Durch die Regierung aufgehoben werden die übrigen auf Verordnungs- oder Weisungsstufe bestehenden und mit dem Inkrafttreten des neuen Publikationsgesetzes ebenfalls hinfällig werdenden Publikationsvorschriften (siehe vorne Kapitel I.1).

## **IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Mit dem vorgesehenen Verzicht auf die gedruckte Fassung des Bündner Rechtsbuchs darf mit durchschnittlich jährlichen Kosteneinsparungen (Druckkosten) von rund Fr. 80 000.– gerechnet werden. Auf der anderen Seite entfallen die (rückläufigen und nicht kostendeckenden) Einnahmen aus den Abonnements. Insgesamt verbleibt dem Kanton deshalb eine doch noch beachtliche Kosteneinsparung. Eine weitere, einmalige Kosteneinsparung ergibt sich daraus, dass der integrale Neudruck des Bündner Rechtsbuches in allen Sprachen mit Kosten von ca. Fr. 100 000.– entfallen wird. Weitere personelle oder finanzielle Folgen für den Kanton resultieren aus dem Rechtssetzungsvorhaben keine. Namentlich werden mit dem Wegfall der Abonnementsverwaltung bei der Drucksachen- und Materialzentrale und der Vorarbeiten zur Drucklegung bei der Standeskanzlei nur in geringem Umfange personelle Kapazitäten frei.



## **V. Gute Gesetzgebung**

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. RB vom 16. November 2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Revisionsvorlage beachtet. Die Regelungen im neuen Publikationsgesetz beschränken sich auf das Notwendige und es können mehrere Erlasse auf Verordnungs- und Weisungsstufe aufgehoben werden.

## **VI. Inkrafttreten**

Die Revision soll auf 1. Januar 2012 in Kraft treten.

## **VII. Anträge**

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Erlass eines Gesetzes über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt (Publikationsgesetz, PuG) zuzustimmen;
3. die Aufhebung der Verordnung über die Herausgabe eines neuen Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung zu beschliessen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Landespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung  
Der Präsident: *Schmid*  
Der Kanzleidirektor: *Riesen*



# Gesetz über die Gesetzessammlungen und das Amtsblatt (Publikationsgesetz, PuG)

Vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 28. Juni 2011,

beschliesst:

## I. Amtliche Publikationsorgane

### Art. 1

Die amtlichen Publikationsorgane des Kantons sind:

- a) die Amtliche Gesetzessammlung (AGS);
- b) die Systematische Gesetzessammlung (Bündner Rechtsbuch, BR);
- c) das Amtsblatt.

Amtliche  
Publikations-  
organe

## II. Gesetzessammlungen

### 1. AMTLICHE GESETZESSAMMLUNG

#### Art. 2

<sup>1</sup> Die AGS ist eine chronologisch geführte Sammlung des kantonalen Inhalt  
Rechts, die im Amtsblatt erscheint.

<sup>2</sup> Darin werden veröffentlicht:

- a) die Kantonsverfassung;
- b) die kantonalen Gesetze;
- c) die grossrätlichen Verordnungen;
- d) die regierungsrätlichen Verordnungen sowie übrige rechtsetzende  
Erlasse kantonalen Behörden und selbstständiger öffentlich-  
rechtlicher Anstalten;
- e) rechtsetzende allgemeinverbindliche interkantonale Vereinbarungen;
- f) rechtsetzende Erlasse interkantonomer Organe.

#### Art. 3

In begründeten Fällen kann die Publikation nur mit Titel sowie Fundstelle  
oder Bezugsquelle erfolgen.

Publikation durch  
Verweis

## 2. SYSTEMATISCHE GESETZSAMMLUNG

### **Art. 4**

Inhalt

<sup>1</sup> Das BR ist eine bereinigte und nach Sachgebieten geordnete Sammlung des in der AGS veröffentlichten Rechts.

<sup>2</sup> Es wird laufend nachgeführt.

## 3. GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

### **Art. 5**

Ordentliche  
Publikation

Die ordentliche Publikation der Erlasse und interkantonalen Vereinbarungen erfolgt in der AGS.

### **Art. 6**

Ausserordentliche  
Publikation

<sup>1</sup> Bei besonderer Dringlichkeit, zur Sicherstellung der Wirkung oder im Fall ausserordentlicher Umstände kann eine Publikation im ausserordentlichen Verfahren erfolgen:

- a) über das Internet;
- b) durch Presse, Radio und Fernsehen;
- c) durch andere zweckmässige Mittel.

<sup>2</sup> Die ordentliche Publikation ist so bald als möglich nachzuholen.

### **Art. 7**

Publikation in  
den Amtssprachen

Die Publikation erfolgt in den drei Amtssprachen Deutsch, Romanisch und Italienisch.

### **Art. 8**

Rechtswirkungen  
der Publikation

Erlasse und Vereinbarungen verpflichten die einzelnen Personen nur, wenn sie nach diesem Gesetz veröffentlicht worden sind.

### **Art. 9**

Massgebliche  
Fassung

<sup>1</sup> Die in der Ausgabe der AGS veröffentlichte Fassung der Erlasse ist massgebend. Erscheint dort ein Text nur mit Titel sowie Fundstelle oder Bezugsquelle, so ist die Fassung massgebend, auf die verwiesen wird.

<sup>2</sup> Welche Fassung von interkantonalen Vereinbarungen und rechtsetzenden Erlassen interkantonomer Organe massgebend ist, richtet sich nach deren Bestimmungen.

### **Art. 10**

Erscheinungs-  
formen

<sup>1</sup> Die AGS erscheint in gedruckter und elektronischer Form. Die Regierung kann den Verzicht auf die gedruckte Form beschliessen.

<sup>2</sup> Das BR erscheint in elektronischer Form.

**Art. 11**

Die Standeskanzlei berichtigt in der AGS sinnverändernde Fehler und Formulierungen, die nicht dem Beschluss des erlassenden Organs entsprechen.

Formelle  
Berichtigungen

**Art. 12**

<sup>1</sup> Die Standeskanzlei berichtigt im BR nicht sinnverändernde Fehler formlos.

<sup>2</sup> Sie passt Angaben wie Bezeichnungen von Verwaltungseinheiten, Verweise, Fundstellen sowie Abkürzungen im BR formlos an.

Formlose  
Berichtigungen  
und Anpassungen

**III. Amtsblatt****Art. 13**

<sup>1</sup> Der Kanton gibt das Amtsblatt des Kantons Graubünden heraus.

<sup>2</sup> Dieses enthält die AGS sowie amtliche Veröffentlichungen insbesondere des Kantons und der Gemeinden sowie private Anzeigen.

<sup>3</sup> Die Regierung bestimmt die Erscheinungsform.

<sup>4</sup> Die Regierung kann Redaktion, Herstellung und Vertrieb auslagern.

Herausgabe  
und Inhalt

**IV. Schlussbestimmung****Art. 14**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Es wird von der Regierung in Kraft gesetzt.

Referendum und  
Inkrafttreten



## **Verordnung über die Herausgabe eines neuen Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung**

Aufhebung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 28. Juni 2011,

beschliesst:

### **I.**

Die grossrätliche Verordnung über die Herausgabe eines neuen Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung vom 28. Mai 1975 wird aufgehoben.

### **II.**

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Gesetz über die Gesetzessammlung und das Amtsblatt (Publikationsgesetz) vom ... in Kraft.





# Lescha davart las collecziuns da leschas e davart il fegl uffizial (lescha da publicaziun, LPubl)

dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala, suenter avair gì invista da la missiva da la regenza dals 28 da zercladur 2011,

concluda:

## I. Organs uffizials da publicaziun

### Art. 1

Il chantun ha ils suandants organs uffizials da publicaziun:

Organs uffizials  
da publicaziun

- a) la collecziun uffiziala da leschas (CUL);
- b) la collecziun sistematica da leschas (cudesch da dretg grischun, DG);
- c) il fegl uffizial.

## II. Collecziuns da leschas

### 1. COLLECZIUN UFFIZIALA DA LESCHAS

#### Art. 2

<sup>1</sup> La CUL è ina collecziun cronologica dal dretg chantunal e cumpara en il Cuntegn fegl uffizial.

<sup>2</sup> En la CUL vegnan publitgads:

- a) la constituziun chantunala;
- b) las leschas chantunalas;
- c) las ordinaziuns dal cussegl grond;
- d) las ordinaziuns da la regenza sco er ulteriurs relaschs legislativs d'autoritads chantunalas e d'instituts autonomi da dretg public;
- e) cunvegns interchantunalas legislativas ch'èn generalmain impegnativas;
- f) relaschs legislativs d'auters organs interchantunalas.

**Art. 3**

Publicaziun  
tras renviament

En cas motivads po la publicaziun avair lieu cun inditgar il titel sco er la referenza u la funtauna.

2. COLLECZIUN SISTEMATICA DA LESCHAS

**Art. 4**

Cuntegn

<sup>1</sup> Il DG è ina collecziun rectificgada dal dretg ch'è vegni publitgà en la CUL; il DG è ordinà tenor domenas.

<sup>2</sup> El vegn actualisà cuntinuadamain.

3. DISPOSIZIUNS CUMINAIVLAS

**Art. 5**

Publicaziun  
ordinaria

La publicaziun ordinaria dals relaschs e da las convegnas interchantunalas ha lieu en la CUL.

**Art. 6**

Publicaziun  
extraordinaria

<sup>1</sup> En cas d'ina urgenza speziala, per segirar l'effect u en cas da circumstan-  
zas extraordinarias po ina publicaziun avair lieu en la procedura extraordi-  
naria:

- a) en l'internet;
- b) tras la pressa, tras il radio e tras la televisiun;
- c) cun agid d'auters meds adequats.

<sup>2</sup> La publicaziun ordinaria sto vegnir prendida suenter uschè svelt sco pus-  
saivel.

**Art. 7**

Publicaziun en las  
linguas uffizialas

La publicaziun ha lieu en las trais linguas uffizialas tudestg, rumantsch e  
talian.

**Art. 8**

Effects giuridics  
da la publicaziun

Tras ils relaschs e tras las convegnas vegnan las singulas persunas obliga-  
das mo, sche lur publicaziun ha gi lieu tenor questa lescha.

#### **Art. 9**

<sup>1</sup> Decisiva è la versiun ch'è vegnida publitgada en la CUL. Sch'in text cumpara là mo cun il titel sco er cun la referenza u cun la funtauna, è decisiva la versiun, a la quala i vegn renvià. Versiun decisiva

<sup>2</sup> La versiun decisiva da cunvegnas interchantunalas e da relaschs legislativs d'organs interchantunals sa drizza tenor lur disposiziuns.

#### **Art. 10**

<sup>1</sup> La CUL cumpara en furma stampada ed en furma electronica. La regen- Furmas da cumpariziun

<sup>2</sup> Il DG cumpara en furma electronica.

#### **Art. 11**

La chanzlia chantunala curregia en la CUL sbagls che midan il senn e formulaziuns che na correspundan betg al conclus da l'organ decretant. Rectificaziuns formalas

#### **Art. 12**

<sup>1</sup> La chanzlia chantunala curregia nunformalmain en il DG sbagls che na midan betg il senn. Rectificaziuns ed adattaziuns nunformalas

<sup>2</sup> Ella adatta nunformalmain en il DG indicaziuns sco designaziuns d'unitads administrativas, renviaments, referenzas u scursanidas.

### **III. Fegl uffizial**

#### **Art. 13**

<sup>1</sup> Il chantun edescha il fegl uffizial dal chantun Grischun. Ediziun e cuntegn

<sup>2</sup> Quel cuntegna la CUL sco er publicaziuns uffizialas, en spezial dal chantun e da las vischnancas, e plinavant comunicaziuns privatas.

<sup>3</sup> La regenza fixescha la furma da cumpariziun.

<sup>4</sup> La regenza po excorporar la redacziun, la producziun e la vendita.

### **IV. Disposiziun finala**

#### **Art. 14**

<sup>1</sup> Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

Referendum ed entrada en vigur

<sup>2</sup> La regenza metta en vigur questa lescha.



## **Ordinaziun davart l'ediziun d'in nov cudesch da dretg grischun e davart la cuntinuaziun da la collecziun uffiziala da leschas**

Aboliziun dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 1 da la constituziun chantunala, suenter avoir gi invista da la missiva da la regenza dals 28 da zercladur 2011,

concluda:

### **I.**

L'ordinaziun davart l'ediziun d'in nov cudesch da dretg grischun e davart la cuntinuaziun da la collecziun uffiziala da leschas dals 28 da matg 1975 vegn abolida.

### **II.**

Questa aboliziun entra en vigur ensemen cun la lescha davart las collecziuns da leschas e davart il feagl uffizial (lescha da publicaziun) dals ...



## **Legge cantonale sulle collezioni delle leggi e sul Foglio ufficiale (Legge sulle pubblicazioni ufficiali, LCPubl)**

del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 28 giugno 2011,

decide:

### **I. Organi di pubblicazione ufficiali**

#### **Art. 1**

Gli organi di pubblicazione ufficiali del Cantone sono:

- a) la Collezione ufficiale delle leggi cantonali (AGS);
- b) la Collezione sistematica del diritto cantonale grigionese (CSC);
- c) il Foglio ufficiale cantonale.

Organi di  
pubblicazione  
ufficiali

### **II. Collezioni delle leggi cantonali**

#### **1. COLLEZIONE UFFICIALE DELLE LEGGI CANTONALI**

##### **Art. 2**

<sup>1</sup> L'AGS è una collezione cronologica del diritto cantonale che viene pubblicata sul Foglio ufficiale cantonale. Contenuto

<sup>2</sup> In essa vengono pubblicati:

- a) la Costituzione cantonale;
- b) le leggi cantonali;
- c) le ordinanze del Gran Consiglio;
- d) le ordinanze del Governo, nonché altri atti che contengono norme di diritto emanati da autorità cantonali e istituti indipendenti di diritto pubblico;
- e) accordi intercantionali di carattere obbligatorio generale che contengono norme di diritto;
- f) atti che contengono norme di diritto emanati da organi intercantionali.

**Art. 3**

Pubblicazione  
mediante rimando

In casi motivati, la pubblicazione può avvenire soltanto con il titolo e un rimando o l'indicazione dell'ente presso cui possono essere ottenuti i testi.

2. COLLEZIONE SISTEMATICA DEL DIRITTO  
CANTONALE GRIGIONESE

**Art. 4**

Contenuto

<sup>1</sup> La CSC è una collezione, messa a punto e ordinata per materie, del diritto pubblicato nell'AGS.

<sup>2</sup> Essa viene costantemente aggiornata.

3. DISPOSIZIONI COMUNI

**Art. 5**

Pubblicazione  
ordinaria

La pubblicazione ordinaria degli atti normativi e degli accordi intercantionali avviene nell'AGS.

**Art. 6**

Pubblicazione  
straordinaria

<sup>1</sup> In caso di particolare urgenza, per assicurarne l'efficacia o a causa di circostanze straordinarie, una pubblicazione può avvenire in via straordinaria:

- a) tramite internet;
- b) tramite stampa, radio e televisione;
- c) tramite altri mezzi idonei.

<sup>2</sup> La pubblicazione ordinaria deve seguire il più presto possibile.

**Art. 7**

Pubblicazione  
nelle lingue  
ufficiali

La pubblicazione avviene nelle tre lingue ufficiali tedesco, romancio e italiano.

**Art. 8**

Effetti giuridici  
della pubblica-  
zione

Gli atti normativi e gli accordi creano obblighi giuridicamente vincolanti per le singole persone unicamente se sono stati pubblicati secondo la presente legge.

**Art. 9**

Versione  
determinante

<sup>1</sup> È determinante la versione degli atti normativi pubblicata nell'AGS. Se il testo vi è menzionato solo con il titolo corredato di un rimando o dell'indicazione dell'ente presso cui può essere ottenuto, la versione determinante è quella cui si rimanda.



<sup>2</sup> La versione determinante di accordi intercantionali e di atti che contengono norme di diritto emanati da organi intercantionali è stabilita dalle rispettive disposizioni.

#### **Art. 10**

<sup>1</sup> L'AGS viene pubblicata in forma stampata ed elettronica. Il Governo può decidere la rinuncia alla forma stampata. Forme di pubblicazione

<sup>2</sup> La CSC viene pubblicata in forma elettronica.

#### **Art. 11**

La Cancelleria dello Stato rettifica nell'AGS gli errori e le formulazioni che ne modificano il senso, che non corrispondono alla decisione dell'autorità che li ha emanati. Rettifiche formali

#### **Art. 12**

<sup>1</sup> La Cancelleria dello Stato rettifica in modo informale nella CSC gli errori che non modificano il senso del testo. Rettifiche e adeguamenti informali

<sup>2</sup> Essa adegua in modo informale nella CSC le inesattezze concernenti indicazioni quali le designazioni di unità amministrative, i rimandi o le abbreviazioni.

### **III. Foglio ufficiale**

#### **Art. 13**

<sup>1</sup> Il Cantone pubblica il Foglio ufficiale del Cantone dei Grigioni. Pubblicazione e contenuto

<sup>2</sup> Esso contiene l'AGS, nonché le pubblicazioni ufficiali segnatamente del Cantone e dei comuni, come pure annunci privati.

<sup>3</sup> Il Governo stabilisce la forma di pubblicazione.

<sup>4</sup> Il Governo può affidare all'esterno la redazione, la produzione e la distribuzione.

### **IV. Disposizione finale**

#### **Art. 14**

<sup>1</sup> La presente legge è soggetta a referendum facoltativo. Referendum ed entrata in vigore

<sup>2</sup> Essa viene posta in vigore dal Governo.



## **Ordinanza sulla pubblicazione di una nuova Collezione Sistemática del Diritto Cantonale Grigione e la continuazione della Raccolta Ufficiale delle Leggi del Cantone dei Grigioni**

Abrogazione del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale;  
visto il messaggio del Governo del 28 giugno 2011,

decide:

### **I.**

L'ordinanza del Gran Consiglio sulla pubblicazione di una nuova Collezione Sistemática del Diritto Cantonale Grigione e la continuazione della Raccolta Ufficiale delle Leggi del Cantone dei Grigioni del 28 maggio 1975 è abrogata.

### **II.**

La presente abrogazione entra in vigore contemporaneamente alla legge cantonale sulle collezioni delle leggi e sul Foglio ufficiale (legge sulle pubblicazioni ufficiali) del .....



## Geltendes Recht

### Verordnung über die Herausgabe eines neuen Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung

Vom Grossen Rat erlassen am 28. Mai 1975 <sup>1)</sup>

#### Art. 1 <sup>2)</sup>

<sup>1</sup> Die Regierung gibt als Bündner Rechtsbuch eine neue bereinigte Sammlung der geltenden Erlasse des Kantons in der Loseblatt-Form heraus. Sie ersetzt das Rechtsbuch aus dem Jahre 1957. Neues  
Rechtsbuch

<sup>2</sup> <sup>3)</sup> Das Bündner Rechtsbuch wird in deutscher, romanischer und italienischer Sprache geführt.

<sup>3</sup> .... <sup>4)</sup>

#### Art. 2

<sup>1</sup> Die Regierung kann das neue Rechtsbuch oder Teile davon mit der Wirkung ausstatten, dass alle darin nicht aufgenommenen rechtsetzenden Erlasse des Grossen Rates als aufgehoben gelten. Negative  
Rechtskraft

<sup>2</sup> Den Stichtag setzt die Regierung fest. <sup>5)</sup>

#### Art. 3 <sup>6)</sup>

Die nach dem Stichtag des Rechtsbuches beschlossenen rechtsetzenden Erlasse werden in einer neuen Reihe der Amtlichen Gesetzessammlung in deutscher Sprache veröffentlicht. Amtliche  
Sammlung

<sup>1)</sup> B vom 17. März 1975, 15; GRP 1975/76, 44

<sup>2)</sup> Fassung gemäss GRB vom 29. Mai 1977; B vom 14. März 1977, 10; GRP 1977/78, 149; in Kraft getreten am 1. Juni 1977

<sup>3)</sup> Fassung gemäss GRB vom 29. November 2000; B vom 29. August 2000, 475; GRP 2000/01, 507

<sup>4)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 29. November 2000; B vom 29. August 2000, 475; GRP 2000/01, 507

<sup>5)</sup> Siehe Art. 4 Abs. 2 hiernach

<sup>6)</sup> Fassung gemäss GRB vom 29. Mai 1977; B vom 14. März 1977, 10; GRP 1977/78, 149; in Kraft getreten am 1. Juni 1977

Ausführungs-  
bestimmungen  
und Inkrafttreten

**Art. 4**

<sup>1</sup> Die Regierung erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. <sup>1)</sup>

<sup>2</sup> Sie setzt das Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung fest. <sup>2)</sup> Auf diesen Zeitpunkt wird die Verordnung des Grossen Rates vom 23. November 1957 über die Herausgabe eines Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung der Amtlichen Gesetzessammlung <sup>3)</sup> aufgehoben.

---

<sup>1)</sup> Mit Beschluss Nr. 2537 vom 1. Dezember 1975 hat die Regierung folgende Art. 3 und 4 der Ausführungsbestimmungen vom 10. April 1959 (AGS 1959, 44) zur bisherigen Verordnung über die Herausgabe des Rechtsbuches und der Gesetzessammlung als für die neue Herausgabe anwendbar erklärt: Art. 3. In die mit dem 1. Juli 1957 beginnende neue Reihe der Amtlichen Gesetzessammlung (AGS) werden aufgenommen: 1. Änderungen der Kantonsverfassung, 2. kantonale Gesetze, 3. kantonale Verordnungen und andere kantonale Erlasse allgemeinverbindlicher Natur oder von allgemeinem Interesse, 4. Konkordate und andere allgemeinverbindliche Vereinbarungen, 5. Erlasse über Rechte und Pflichten von Behördemitgliedern und Beamten im allgemeinen. Art. 4. In die Amtliche Gesetzessammlung werden nicht aufgenommen: 1. Erhaltungsbeschlüsse, 2. Beschlüsse über den Staatsvoranschlag und die Festsetzung des Steuerfusses sowie Ausgabenbeschlüsse, soweit sie nicht öffentliche Beiträge auf unbestimmte Zeit vorsehen, 3. Kreisschreiben, Dienstleitungen, Lehrpläne, 4. Erlasse der landeskirchlichen Organe, 5. Erlasse, die im höheren Interesse des Landes geheimzuhalten sind.

<sup>2)</sup> Mit RB Nr. 2537 vom 1. Dezember 1975 mit Stichtag vom 1. Januar 1976 in Kraft gesetzt

<sup>3)</sup> aRB 218



